

## **Hauptsatzung der Gemeinde Langenleuba-Niederhain vom 1. März 2021**

Aufgrund der §§ 19 Abs. 1 und 20 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 501) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) sowie der jeweils aktuellen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Langenleuba-Niederhain in seiner Sitzung vom 2. Februar 2021 folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1 Name**

- 1) Die Gemeinde führt den Namen „Langenleuba-Niederhain“.
- 2) Ortsteile führen ihren Namen in Verbindung mit dem Namen der Gemeinde.

### **§ 2 Wappen, Flagge, Siegel**

- 1) Die Gemeinde führt ein Wappen. Die Wappenbeschreibung lautet:  
„Das Wappen der Gemeinde Langenleuba-Niederhain ist geteilt und halbgespalten und zeigt oben in Silber drei grüne Nadelbäume; das untere rechte Feld ist siebenfach von Rot und Silber schräg-links geteilt, das linke untere Feld zeigt in Rot eine silberne Rose mit goldenen Butzen und Kelchblättern.“
- 2) Die Fahne der Gemeinde Langenleuba-Niederhain ist grün-weiß gespalten und trägt das Gemeindegewappen.
- 3) Das Dienstsiegel zeigt das Gemeindegewappen und trägt die Umschrift „Thüringen“ im oberen Halbkreis und „Gemeinde Langenleuba-Niederhain“ im unteren Halbkreis.

### **§ 3 Ortsteile**

- 1) Das Gemeindegebiet gliedert sich in folgende Ortsteile:
  1. Langenleuba-Niederhain,
  2. Boderitz,
  3. Lohma,
  4. Zschernichen,
  5. Buscha,
  6. Neuenmörbitz,
  7. Schömbach und
  8. Beiern.
- 2) Die räumliche Abgrenzung der Ortsteile ergibt sich aus der in der Anlage beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Hauptsatzung ist.

#### **§ 4 Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid**

- 1) Die Bürger können über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde die Durchführung eines Bürgerentscheids beantragen (Bürgerbegehren). Nach Zustandekommen des Bürgerbegehrens wird die Angelegenheit den Bürgern zur Entscheidung vorgelegt, sofern der Gemeinderat, sich das Anliegen nicht zu Eigen macht.
- 2) Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Gemeinderat den Bürgern auch eine solche Angelegenheit zur Entscheidung vorlegen (Ratsreferendum).
- 3) Der erfolgreiche Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Gemeinderatsbeschlusses der Gemeinde.
- 4) Das Nähere zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, Ratsbegehren und Ratsreferendum regelt das Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (ThürEBBG) in der jeweils geltenden Fassung.

#### **§ 5 Einwohnerversammlung**

- 1) Der Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich eine Einwohnerversammlung ein, um die Einwohner über wichtige Gemeindeangelegenheiten, insbesondere über Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die ihre strukturelle Entwicklung unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder über Angelegenheiten die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind, zu unterrichten und diese mit ihnen zu erörtern. Der Bürgermeister lädt spätestens eine Woche vor der Einwohnerversammlung unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung in ortsüblicher Weise öffentlich zur Einwohnerversammlung ein.
- 2) Dem Bürgermeister obliegt die Leitung der Einwohnerversammlung. Er hat im Rahmen der Erörterung den Einwohnern in ausreichendem Umfang Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Soweit dies erforderlich ist, kann der Bürgermeister zum Zweck der umfassenden Unterrichtung Gemeindebedienstete sowie Sachverständige hinzuziehen.
- 3) Die Einwohner können Anfragen in wichtigen Gemeindeangelegenheiten, die nicht von der Tagesordnung der Einwohnerversammlung erfasst sind, bis spätestens zwei Tage vor der Einwohnerversammlung bei der Gemeinde einreichen. Die Anfragen sollen vom Bürgermeister in der Einwohnerversammlung beantwortet werden. Ausnahmsweise kann der Bürgermeister Anfragen auch innerhalb einer Frist von drei Wochen schriftlich beantworten.

#### **§ 6 Vorsitz im Gemeinderat**

Den Vorsitz im Gemeinderat führt der Bürgermeister, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter.

#### **§ 7 Bürgermeister**

- 1) Der Bürgermeister ist ehrenamtlich tätig.
- 2) Der Gemeinderat überträgt dem Bürgermeister neben den in § 29 ThürKO aufgeführten Aufgaben die folgenden weiteren Angelegenheiten zur selbstständigen Erledigung:
  1. die Zustimmung zu unabweisbaren überplanmäßigen Ausgaben im Einzelfall bis zu 5.000,00 Euro, bei außerplanmäßigen nicht mehr als 0,5 % des Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalts, vorausgesetzt, dass die Deckung gewährleistet ist, sind;
  2. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Zuschüssen bis zu 1.500,00 Euro im Einzelfall nach der im Haushaltsplan allgemein festgelegten Art und Verwendungszweck;
  3. die Stundung und Ratenzahlung von Forderungen im Einzelfall bis zu 15.000,00 Euro;
  4. den Erlass und die Niederschlagung von Ansprüchen der Gemeinde bis 2.500,00 Euro;

5. die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen bis zu einem Streitwert von insgesamt jährlich 50.000,00 Euro, es sei denn, dass die Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung ist;
6. der Erwerb von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten im Wert bis zu 5.000,00 Euro im Einzelfall, wenn dies den Verkehrswert nicht übersteigt;
7. die Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen im Wert bis zu 5.000,00 Euro im Einzelfall oder Sachzusammenhang;
8. Erklärung des Nichtbestehens oder der Nichtausübung eines Vorkaufsrechts;
9. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB) und im Außenbereich (§ 35 BauGB) bei einem Rohbauwert bis zu 25.000,00 Euro;
10. Vergabe von Planungs-, Vermessungs- und Gutachterleistungen bis 5.000,00 Euro oder 25.000,00 Euro Baukosten;
11. Vergabe von Bauleistungen und Lieferungen und Leistungen bis 20.000,00 Euro.

### **§ 8 Beigeordnete**

Der Gemeinderat wählt aus seiner Mitte einen ehrenamtlichen Beigeordneten. Dieser vertritt den Bürgermeister bei dessen Verhinderung.

### **§ 9 Ausschüsse**

- 1) Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse hat der Gemeinderat dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und Wählergruppen Rechnung zu tragen, soweit Fraktionen bestehen, sind diese der Berechnung zugrunde zu legen. Übersteigt die Zahl der Ausschusssitze die Zahl der Gemeinderatsmitglieder, so kann jedes Gemeinderatsmitglied, das im Übrigen keinen Ausschusssitz besetzt, verlangen, in einem Ausschuss mit Rede- und Antragsrecht mitzuwirken. Der Gemeinderat entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit durch Beschluss, welchem Ausschuss dieses Gemeinderatsmitglied zugewiesen wird.
- 2) Die Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien erfolgt einheitlich nach dem Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt.
- 3) Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben der Ausschüsse regelt im Übrigen die Geschäftsordnung für den Gemeinderat und die Ausschüsse der Gemeinde Langenleuba-Niederhain.

### **§ 10 Ehrenbezeichnungen**

- 1) Personen, die sich in besonderem Maße um die Gemeinde und das Wohl ihrer Einwohner verdient gemacht haben, können zu Ehrenbürgern ernannt werden.
- 2) Personen, die als Mitglieder des Gemeinderates oder hauptamtliche Wahlbeamte insgesamt mindestens 20 Jahre ihr Mandat oder Amt ausgeübt haben, können folgende Ehrenbezeichnungen erhalten:

Bürgermeister = Ehrenbürgermeister,

Beigeordneter = Ehrenbeigeordneter,

Gemeinderatsmitglied = Ehrengemeinderatsmitglied.

Die Ehrenbezeichnung soll sich nach der zuletzt und / oder überwiegend ausgeübten Funktion richten

- 3) Personen, die durch besondere Leistungen oder in sonstiger vorteilhafter Weise zur Mehrung des Ansehens der Gemeinde beigetragen haben, können besonders geehrt werden. Der Gemeinderat kann dazu spezielle Richtlinien beschließen.

- 4) Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes und der Ehrenbezeichnung soll in feierlicher Form in einer Sitzung des Gemeinderates unter Aushändigung einer Urkunde vorgenommen werden.
- 5) Die Gemeinde kann das Ehrenbürgerrecht und die Ehrenbezeichnung wegen unwürdigen Verhaltens widerrufen.

### **§ 11 Entschädigungen**

- 1) Die Gemeinderatsmitglieder erhalten für ihre ehrenamtliche Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des Gemeinderats als Entschädigung ein Sitzungsgeld in Höhe von 20,00 € für die notwendige, nachgewiesene Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats. Nimmt ein Gemeinderatsmitglied an einem Tag an mehreren Sitzungen teil, steht ihm gleichwohl für diesen Tag nur ein Sitzungsgeld zu. Das Sitzungsgeld wird um die jeweils letzte im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Thüringen veröffentlichte Preisentwicklungsrate nach § 26 Abs. 3 des Thüringer Abgeordnetengesetzes angepasst.
- 2) Mitglieder des Gemeinderats, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaufschlags und der notwendigen Auslagen. Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von 12,00 Euro je volle Stunde für den Verdienstaufschlag, der durch Zeitversäumnis in ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. Sonstige Mitglieder des Gemeinderats, die nicht erwerbstätig sind, jedoch einen Mehrpersonenhaushalt von mindestens drei Personen führen, erhalten eine Pauschalentschädigung von 8,50 Euro je volle Stunde. Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag sowie für höchstens acht Stunden pro Tag und auch nur bis 19:00 Uhr gewährt.
- 3) Die Zahlung der Entschädigung erfolgt nur bei nachgewiesener Teilnahme während der gesamten Veranstaltung, es sei denn, dass der Versammlungsleiter einem verspäteten Kommen oder vorzeitigem Weggehen wegen zwingender Gründe zugestimmt hat. Grundlage für die Zahlung der Entschädigung sind eigenhändig unterschriebene Anwesenheitslisten.
- 4) Für eine notwendige auswärtige Tätigkeit werden Reisekosten nach dem Thüringer Reisekostengesetz gezahlt.
- 5) Für ehrenamtlich Tätige der Gemeinde, die nicht Mitglied des Gemeinderats sind, gelten die Regelungen hinsichtlich des Sitzungsgeldes, des Verdienstaufschlags der Reisekosten (Absätze 1, 2 und 4) entsprechend.
- 6) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters wird auf 100 v. H. der Höchstentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister festgesetzt. Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Beigeordneten wird auf 25 v. H. der Höchstentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister festgesetzt.
- 7) Für die Durchführung und den Vollzug von Wahlen sowie für Bürgerentscheide erhalten die Wahlorgane und Ehrenämter eine angemessene Entschädigung.
  1. Die Mitglieder der Wahlvorstände erhalten für den Wahltag, einschließlich der Stimmauszählung, eine Entschädigung/Erfrischungsgeld wie folgt: 25,00 Euro für den Wahlvorsteher, den Stellvertreter und den Schriftführer sowie 20,00 Euro für die Beisitzer.
  2. Der Gemeindevahlleiter als Vorsitzender des Gemeindevahlausschusses, die weiteren Mitglieder des Gemeindevahlausschusses (Beisitzer) bzw. deren Stellvertreter erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeindevahlausschusses ein Sitzungsgeld wie folgt, sofern sie nicht Bedienstete der Gemeinde Langenleuba-Niederhain bzw. Bedienstete der erfüllenden Gemeinde Nobitz sind: 20,00 € pro Sitzung erhält der Vorsitzende, sofern dieser nicht Bürgermeister oder Beigeordneter der Gemeinde Langenleuba-Niederhain ist, 15,00 Euro pro Sitzung erhalten die weiteren Mitglieder des Gemeindevahlausschusses (Beisitzer) bzw. deren Stellvertreter.
  3. Personen nach Punkt 1., die nicht bei der Gemeinde Langenleuba-Niederhain bzw. bei der erfüllenden Gemeinde Nobitz beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von 10,00 Euro.

4. Bei verbundenen Wahlen erhält der unter Punkt 1. genannte Personenkreis einen Zuschlag von 10,00 Euro.
5. Sind Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses Bedienstete der Gemeinde Langenleuba-Niederhain bzw. Bedienstete der erfüllenden Gemeinde Nobitz, erhalten sie die Entschädigung nach Punkt 2. nur für Sitzungen außerhalb ihrer Arbeitszeit.
6. Sind auf Grund höherrangigen Rechtes Entschädigungen zu zahlen, die über die in dieser Satzung festgelegten Entschädigungssätze hinausgehen, sind die höheren Entschädigungssätze zu zahlen.
7. Hinsichtlich der zur Wahrnehmung des Ehrenamtes notwendigen Teilnahme an Sitzungen, Besprechungen oder sonstigen Veranstaltungen wird auf Antrag Ersatz der notwendigen Auslagen auf entsprechenden Nachweis gewährt. Fahrkosten werden in entsprechender Anwendung der im jeweiligen Wahlgesetz benannten Reisekostengesetze ersetzt. Sofern eine solche Angabe fehlt, gilt das Thüringer Reisekostengesetz.

### **§ 12 Öffentliche Bekanntmachungen**

- 1) Die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen der Gemeinde erfolgt durch Veröffentlichung im „Amts- und Gemeindeblatt Langenleuba-Niederhain“. Auf den Urschriften der Satzungen sind die Form und der Tag der öffentlichen Bekanntmachung schriftlich zu vermerken.
- 2) Kann wegen eines Naturereignisses oder anderer unabwendbarer Ereignisse eine Satzung nicht in der durch Absatz 1 festgelegten Form öffentlich erfolgen, so erfolgt in dringenden Fällen die öffentliche Bekanntmachung der Satzungen durch Aushang an der Verkündungstafel am Verwaltungsgebäude Langenleuba-Niederhain, Platz der Einheit 4.

Nach Wegfall des Hinderungsgrundes wird die öffentliche Bekanntmachung der Satzungen unverzüglich in der nach Absatz 1 festgelegten Form nachgeholt; auf die Form der Bekanntmachung ist dabei hinzuweisen. Auf durch Aushang bekannt gemachten Satzungen sind Ort und Zeit des Aushangs sowie Zeitpunkt der Abnahme unterschriftlich zu bescheinigen.

- 3) Die ortsübliche öffentliche Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinderats erfolgt durch Aushang an den Verkündungstafeln nach Absatz 2. Die Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinderats ist mit dem Ablauf des ersten Tages des Aushangs an den Verkündungstafeln vollendet. Die entsprechenden Bekanntmachungen dürfen jedoch erst am Tag nach der jeweiligen Sitzung abgenommen werden. Auf allen bekannt gemachten Schriftstücken sind Ort und Zeit des Aushangs sowie der Zeitpunkt der Abnahme unterschriftlich zu bescheinigen.
- 4) Für sonstige gesetzlich erforderliche (öffentliche, amtliche oder ortsübliche) Bekanntmachungen gilt Absatz 1 entsprechend, sofern nicht Bundes- oder Landesrecht etwas anderes bestimmt.

### **§ 13 Haushaltswirtschaft**

Die Haushaltswirtschaft der Gemeinde wird nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung (Kameralistik) geführt.

### **§ 14 Sprachform, In-Kraft-Treten**

- 1) Die in dieser Hauptsatzung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten in der jeweiligen geschlechtsspezifischen Sprachform.
- 2) Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Abweichend hiervon tritt § 11 Abs. 1 Satz 3 rückwirkend zum 01.01.2020 und § 11 Abs. 6 rückwirkend zum 01.02.2020 in Kraft.

- 3) Mit Inkrafttreten dieser Hauptsatzung treten die Hauptsatzung vom 20.08.2018 sowie deren 1. Änderung vom 26.02.2019, der 2. Änderung vom 17.04.2019 und der 3. Änderung vom 11.11.2019 außer Kraft.

Langenleuba-Niederhain, den 01.03.2021  
Gemeinde Langenleuba-Niederhain

gez.  
Carsten Helbig  
Bürgermeister

(Dienstsiegel)

**Bekanntmachungsvermerk:**

Diese Hauptsatzung der Gemeinde Langenleuba-Niederhain vom 1. März 2021 wurde durch Veröffentlichung im „Amts- und Gemeindeblatt Langenleuba-Niederhain“ in der Ausgabe Nr. 3/21 vom 20. März 2021 öffentlich bekannt gemacht.

Anlage zu § 3 Abs. 2

